**Bericht des UN-Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten** (21.3.2022) – **die wesentlichen Punkte auf 8 Seiten**

**Die aktuelle Menschenrechtslage**

Die Menschenrechtslage der Palästinenser im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen hat sich erheblich verschlechtert. Das Ausmaß der Gewalt, die Israel zur Aufrechterhaltung seiner Besatzung anwendet, nimmt ständig zu und beeinträchtigt das Leben der Palästinenser in vielfältiger Weise. Die Palästinenser sind nach wie vor täglich mit staatlicher Gewalt konfrontiert, und es kommt häufig zu willkürlicher Gewaltanwendung - physisch und administrativ. Das Ergebnis sind tägliche Schikanen und Misshandlungen, manchmal ohne ersichtlichen Grund, manchmal aus schwachen Sicherheitsgründen.

Gewalt durch Siedler

Die Zunahme der Siedlungsbevölkerung im Westjordanland führt weiterhin zu Konfrontationen zwischen Siedlern und der palästinensischen Bevölkerung. Die Gewalt der Siedler hat zugenommen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Zahl der Vorfälle, sondern auch hinsichtlich ihrer Schwere. Die Siedler sind regelmäßig in palästinensische Dörfer eingedrungen, manchmal mit Unterstützung der israelischen Sicherheitskräfte oder in deren Nähe. Die Gewalt der Siedler hat viele Formen angenommen, darunter körperliche Gewalt, Schüsse mit scharfer Munition, Zerstörung von Eigentum, Bäumen und Ernten sowie Steinwürfe und Einschüchterung. Die Gewalt der Siedler hat auch im Jahr 2022 unvermindert angehalten. .....

Die Allgegenwart dieser Siedlerangriffe und die glaubwürdigen Berichte über die Passivität der israelischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung dieser Gewalt haben die Atmosphäre von Angst und Zwang im gesamten Westjordanland vertieft. Die zunehmende Gewalt wurde durch das ständige Fehlen einer Rechenschaftspflicht für die Gewalt der Siedler und die Angriffe auf Palästinenser und palästinensisches Eigentum ermöglicht.

Von der Besatzung zur Apartheid

In den palästinensischen Gebieten, die Israel seit 1967 besetzt hält, leben heute fünf Millionen staatenlose Palästinenser ohne Rechte, in einem akuten Zustand der Unterjochung und ohne Weg zur Selbstbestimmung oder zu einem lebensfähigen unabhängigen Staat, den die internationale Gemeinschaft wiederholt als ihr Recht bezeichnet hat.In den letzten fünf Jahrzehnten hat Israel 300 rein jüdische, zivile Siedlungen geschaffen, die alle illegal sind, mit 700.000 israelisch-jüdischen Siedlern, die jetzt in Ost-Jerusalem und im Westjordanland inmitten von drei Millionen Palästinensern, aber getrennt von ihnen, leben.

Im Gazastreifen hat Israel die zwei Millionen Palästinenser in einem "Freiluftgefängnis" eingeschlossen, wie es der ehemalige britische Premierminister David Cameron nannte. eine in der modernen Welt einzigartige Methode der Bevölkerungskontrolle.

Die israelische Besatzung erfolgt unter schwerwiegender Missachtung des Völkerrechts und Hunderter von Resolutionen der Vereinten Nationen, ohne dass die internationale Gemeinschaft etwas dagegen unternimmt. Die 55 Jahre alte Besatzung hat schon vor langer Zeit die Grenzen der Vorläufigkeit gesprengt. Israel hat die besetzten Gebiete nach und nach *de jure* und *de facto* annektiert und besteht darauf, dass die Gesetze der Besatzung und der Menschenrechte für sein Regime nicht gelten. Israel schafft weiter Fakten vor Ort, die die geringen Aussichten auf einen echten palästinensischen Staat praktisch zunichtegemacht haben**.** Es ist ein rechtliches Oxymoron entstanden: eine Besatzung auf Dauer.

**Definition Apartheid**

(a) Es besteht ein institutionalisiertes System der systematischen Rassenunterdrückung und -diskriminierung,

(b) mit der Absicht errichtet, die Vorherrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten, und

(c) in denen unmenschliche Handlungen als integraler Bestandteil des Regimes begangen werden.

**Die Anwendung des Apartheid-Tests auf die besetzten palästinensischen Gebiete**

Seit Beginn der Besatzung im Juni 1967 ist die israelische Herrschaft über die palästinensischen Gebiete durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet. Erstens die Schaffung von unumkehrbaren "Tatsachen vor Ort": die Errichtung von 300 zivilen Siedlungen mit 700.000 jüdischen Siedlern, um durch die Annexion des besetzten Gebietes einen unrechtmäßigen Souveränitätsanspruch zu erheben und gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu vereiteln. Und zweitens die Entwicklung eines repressiven Systems der Militärherrschaft über die 2,7 Millionen Palästinenser im Westjordanland, ein geschrumpftes und schwaches Aufenthaltsrecht für die 360.000 Palästinenser in Ostjerusalem und eine mittelalterliche Militärblockade gegen die zwei Millionen Palästinenser im Gazastreifen.

Ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Diskriminierung

Das Herzstück des israelischen **Siedlerkolonialprojekts** ist ein umfassendes duales rechtliches und politisches System, das den jüdischen israelischen Siedlern im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, umfassende Rechte und Lebensbedingungen einräumt, während es den Palästinensern eine militärische Herrschaft und Kontrolle auferlegt, ohne dass die grundlegenden Schutzbestimmungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte eingehalten werden.

Politisch und rechtlich genießen jüdische israelische Siedler die gleichen umfassenden Staatsbürgerrechte und den gleichen Schutz wie israelische Juden, die innerhalb der Grenzen des Landes von 1949 leben. Die 475.000 israelischen Siedler im Westjordanland, die alle in rein jüdischen Siedlungen leben, genießen die gesamte Palette der Gesetze und Vorteile der israelischen Staatsbürgerschaft, die auf sie persönlich und exterritorial ausgedehnt wurden. Wie Israelis in Tel Aviv oder Eilat haben die Siedler im Westjordanland den gleichen Zugang zur Krankenversicherung, zur Sozialversicherung, zu Sozialleistungen, zum Bildungswesen, zu regulären kommunalen Dienstleistungen und zum Recht auf Ein- und Ausreise nach Israel und in weite Teile des Westjordanlandes. Außerdem erhalten sie von der israelischen Regierung gezielte Vergünstigungen und Anreize, um in den Siedlungen zu leben und zu arbeiten. Die Siedler sind ein integrierter Teil einer wohlhabenden Gesellschaft mit europäischem Lebensstandard. Die Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen, über die die Siedlungen verfügen - Wasser, Strom, Wohnraum, Zugang zu gut bezahlten Arbeitsplätzen, Straßen und Industrieinvestitionen - sind denjenigen, die den Palästinensern zur Verfügung stehen, weit überlegen. Wenn Siedler eines Verbrechens angeklagt werden, werden sie vor einem israelischen Gericht unter dem vollen Schutz des israelischen Strafrechts verurteilt. Diese Siedler haben das Recht, an israelischen Wahlen teilzunehmen, obwohl die israelischen Gesetze das Wahlrecht für israelische Bürger, die außerhalb des Landesgebiets leben, formell einschränken. ..Die Siedlerräte werden von Israel als gleichwertig mit den Gemeinderäten innerhalb Israels angesehen und erhalten dementsprechend von der israelischen Regierung erhebliche Zuwendungen und Budgets. Die großen parastaatlichen Einrichtungen, die in den besetzten Gebieten tätig sein dürfen - der Jüdische Nationalfonds, die Jewish Agency, die Zionistische Weltorganisation und eine Vielzahl ausländischer Wohltätigkeitsorganisationen - arbeiten ausschließlich zum Nutzen der Konsolidierung der Präsenz israelischer Juden in den Siedlungen.

**Diskriminierung der Palästinenser\*innen**: In krassem Gegensatz dazu genießen die 2,7 Millionen Palästinenser, die im Westjordanland leben, keines der Rechte, keinen Schutz und keine Privilegien, die die neben ihnen lebenden israelischen jüdischen Siedler haben. Sie können an Wahlen (wenn sie abgehalten werden) für die Palästinensische Autonomiebehörde teilnehmen, die jedoch nur über äußerst begrenzte Befugnisse verfügt. Sie haben keine demokratischen oder politischen Rechte, um die Besatzungsmacht, die die überwältigende Kontrolle über ihr Leben ausübt, zur Rechenschaft zu ziehen. Die allgegenwärtigen Hindernisse für die persönliche und geschäftliche Bewegungsfreiheit in den besetzten Gebieten haben zu einer strukturell unterentwickelten Wirtschaft geführt.

Nach Schätzungen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung haben die israelischen Abriegelungen, die Beschlagnahmung von Land und Ressourcen, das räuberische Siedlungswachstum und die Militäroperationen die palästinensische Wirtschaft seit dem Jahr 2000 57,7 Milliarden US-Dollar gekostet, weil sie in ihrer Entwicklung aufgehalten wurde. Doch trotz der Mühen der Besatzung hat sich die palästinensische Gesellschaft zu einer hoch gebildeten und sehr gut ausgebildeten Gesellschaft entwickelt.Das Ergebnis ist eine dynamische und talentierte Bevölkerung, deren Wirtschaft durch die langwierige militärische Besatzung erschöpft und verarmt ist, die in hohem Maße von internationaler Hilfe abhängig ist und deren Pro-Kopf-BIP nur ein 13tel des israelischen beträgt.

Das Leben der Palästinenser im Westjordanland wird durch mehr als 1800 militärische Anordnungen geregelt, die seit 1967 vom Befehlshaber der israelischen Verteidigungsstreitkräfte erlassen wurden und Fragen wie Sicherheit, Steuern, Verkehr, Raumordnung, natürliche Ressourcen, Reiseverkehr und Rechtspflege betreffen. Israel hat insbesondere im Westjordanland ein Militärrechtssystem eingeführt, das für Palästinenser, nicht aber für jüdische Siedler gilt. Der Schwerpunkt des Militärrechtssystems liegt auf der Regulierung der Sicherheit, die Vergehen wie die Teilnahme an Protesten und gewaltlosem zivilen Ungehorsam, normale Straftaten, Verkehrsverstöße, Terrorismus, die Mitgliedschaft in über 400 verbotenen Organisationen, die Teilnahme an politischen Versammlungen und die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten umfasst. Palästinenser, die wegen Sicherheitsverstößen verhaftet werden, können ohne Anklage für einen viel längeren Zeitraum inhaftiert werden als israelische Siedler. Das Militärgerichtssystem wird von israelischen Militärrichtern geleitet, die Prozesse werden auf Hebräisch geführt (das viele palästinensische Häftlinge nicht sprechen), es bietet nur sehr wenige verfahrensrechtliche und substanzielle Schutzmechanismen eines zielgerichteten Strafrechtssystems, die Anwälte der Häftlinge haben nur sehr eingeschränkten Zugang zu Beweismitteln, und die Verurteilungsquote liegt bei über 99 Prozent. Noch drakonischer ist die Tatsache, dass jederzeit Hunderte von Palästinensern auf unbestimmte Zeit in Verwaltungshaft genommen werden, wo sie ohne die Fassade eines förmlichen Verfahrens, d. h. ohne Anklage, Beweise, Gerichtsverfahren oder Verurteilung, inhaftiert sind und deren Haft auf unbestimmte Zeit verlängert werden kann. Untersuchungen des israelischen Militärs zu Todesfällen und schweren Verletzungen führen selten zu einer Rechenschaftspflicht.

Eine zentrale Strategie der israelischen Herrschaft ist die strategische Zersplitterung des palästinensischen Territoriums in getrennte Gebiete mit Bevölkerungskontrolle, wobei der Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem physisch voneinander getrennt sind. Das Westjordanland selbst ist darüber hinaus in 165 voneinander getrennte Enklaven aufgeteilt. Diese strategische Zersplitterung - *divide et impera* - wird von Israel durch ein ausgeklügeltes System von Mauern, Kontrollpunkten, Barrikaden, militärischen Sperrzonen, Straßen nur für Palästinenser und Straßen nur für Israelis geographisch durchgesetzt. Israel überwacht die palästinensische Gesellschaft durch moderne Cyber-Überwachung und seine vollständige Kontrolle über das palästinensische Bevölkerungsregister. In den besetzten palästinensischen Gebieten gibt es keinen sicheren Land-, See- oder Luftzugang zur Außenwelt, da Israel alle Grenzen kontrolliert (mit Ausnahme des Grenzübergangs Rafah zwischen Gaza und Ägypten). Palästinenser benötigen eine schwer zu erlangende Sondergenehmigung des israelischen Militärs, um zwischen dem Westjordanland, Ostjerusalem und dem Gazastreifen zu reisen. Diese geografische Trennung trennt die Palästinenser unter der Besatzung nicht nur in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht voneinander, sondern auch von den in Israel lebenden Palästinensern und der übrigen Welt.

Im Westjordanland und in Ostjerusalem werden palästinensische Ländereien - die wichtigste natürliche Ressource des Gebiets - von Israel kontinuierlich für eine ausschließlich jüdische Nutzung und Besiedlung enteignet, unterstützt durch diskriminierende Planungsgesetze und militärische Anordnungen. Seit 1967 hat Israel mehr als zwei Millionen Dunams palästinensischen Landes im Westjordanland konfisziert,[[1]](#footnote-1) die für den Bau von Siedlungen, israelischen Autobahnen und Straßen, Erholungsparks, Industriezentren sowie Militärstützpunkten und Schießzonen verwendet wurden, um eine dauerhafte und unverrückbare demografische Präsenz zu zementieren. Israel hat drei Hauptmethoden zur Landbeschlagnahme angewandt: (i) die Aneignung von Land für "militärische Zwecke", von denen einige später für zivile jüdische Siedlungen umgewandelt wurden; (ii) die Ausweisung von Land für "öffentliche Zwecke" mit dem Ziel der primären oder ausschließlichen jüdisch-israelischen Nutzung; und (iii) die Erklärung von "staatlichem Land" mit dem letztendlichen Ziel, dieses Land primär für jüdisch-israelische Zwecke zu nutzen. Nach Angaben von Peace Now im Jahr 2018 wurden 99,76 Prozent des staatlichen Landes für die ausschließliche Nutzung durch israelische Siedlungen zugewiesen.Im Gegensatz zu den jüdischen Siedlern haben die Palästinenser im größten Teil des Westjordanlandes keine Vertretung oder Mitsprachemöglichkeit bei der Entscheidungsfindung über die Gebietsaufteilung und die Nutzung von Grundstücken. Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass Baugenehmigungen für palästinensische Häuser und Grundstücke in Ost-Jerusalem und im Gebiet C des Westjordanlandes "fast unmöglich zu erhalten sind", so dass Palästinenser oft ohne eine solche Genehmigung bauen. Im Gegenzug ordnet dann das israelische Militär häufig den Abriss palästinensischer Häuser und Grundstücke an, die ohne Genehmigung gebaut wurden: Die Zahl der in den Jahren 2020 und 2021 abgerissenen Gebäude ist die zweit- bzw. dritthöchste jährliche Rate seit der ersten Aufzeichnung dieser Zahlen im Jahr 2009.

In **Ostjerusalem** haben die 360.000 Palästinenser einen besseren sozialen und rechtlichen Status als die Palästinenser im Westjordanland, aber ihre Stellung ist immer noch deutlich schlechter als die der 230.000 jüdischen Siedler, die unter ihnen in rein jüdischen Siedlungen leben. Die jüdischen Siedler werden von Israel als Bewohner des souveränen israelischen Hoheitsgebiets betrachtet (das aus der illegalen Annexion Ostjerusalems in zwei Phasen in den Jahren 1967 und 1980 hervorgegangen ist) und genießen als solche die vollen Staatsbürgerrechte, Vorteile und Privilegien. Fast alle in Ostjerusalem lebenden Palästinenser besitzen einen Aufenthaltsstatus im Gegensatz zur israelischen Staatsbürgerschaft; dieser berechtigt sie zwar zu einigen israelischen Sozialrechten (einschließlich der Krankenversicherung), doch kann dieser Aufenthaltsstatus aufgehoben werden, wenn sie Jerusalem für eine gewisse Zeit verlassen, eine Bedrohung, der jüdische Israelis nicht ausgesetzt sind. Etwa 75 Prozent der palästinensischen Familien in Ostjerusalem leben unterhalb der Armutsgrenze, verglichen mit 22 Prozent der jüdischen Familien. Etwa 38 Prozent des Bodens in Ostjerusalem - überwiegend privates palästinensisches Land, aber auch ein Teil des öffentlichen Bodens - wurde bis 2017 von der israelischen Regierung für eine ausschließlich jüdische Nutzung enteignet, so dass den palästinensischen Einwohnern Jerusalems immer weniger Land zur Verfügung steht, um die wachsende Bevölkerung unterzubringen. In den palästinensischen Vierteln Ostjerusalems herrscht ein erheblicher Mangel an Schulen, eine viel höhere der Wohnungen, eine diskriminierende Anwendung von Flächennutzungs- und Baugenehmigungen und ein viel schlechterer Zugang zu kommunalen Dienstleistungen (einschließlich Abwasser und Wasser) als bei den jüdischen Siedlern in ihrer Mitte. Etwa 120 000 bis 140 000 palästinensische Jerusalemer sind gezwungen, auf der Westjordanlandseite der Trennmauer zu leben, wo sie vom Zugang zur Stadt und ihren Dienstleistungen abgeschnitten sind. Die absichtlich diskriminierende Vernachlässigung der Palästinenser in Ostjerusalem wird am besten durch den Jerusalemer Masterplan veranschaulicht, der als Ziel die Beibehaltung einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit im Verhältnis von 60:40 vorsieht, nachdem ein früheres Ziel von 70:30 nicht eingehalten werden konnte.

Im **Gazastreifen** besteht Israels offensichtliche Strategie darin, eine unerwünschte Bevölkerung von zwei Millionen Palästinensern auf unbestimmte Zeit einzulagern, und sie durch eine umfassende, seit 15 Jahren bestehende Luft-, Land- und Seeblockade auf einen schmalen Landstreifen zu beschränken (mit weiteren Einschränkungen durch Ägypten an der Südgrenze des Gazastreifens). Ban Ki-Moon hat diese politische Quarantäne der Bevölkerung als "kollektive Bestrafung" bezeichnet, einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Weltbank berichtete 2021, dass der Gazastreifen einen jahrzehntelangen Prozess der De-Entwicklung und De-industrialisierung durchlaufen hat, der zu einer Arbeitslosenquote von 45 Prozent und einer Armutsquote von 60 Prozent geführt hat. 80 Prozent der Bevölkerung sind in irgendeiner Form auf internationale Hilfe angewiesen, was zum großen Teil auf die hermetische Abriegelung des Gazastreifens von der Außenwelt zurückzuführen ist. Die einzige natürliche Trinkwasserquelle des Gazastreifens, der Küstenaquifer, ist aufgrund der Verschmutzung durch Meerwasser und Abwässer verschmutzt und für den menschlichen Konsum ungeeignet, was die Wasserkosten für die ohnehin mittellose Bevölkerung erheblich in die Höhe treibt. Die Palästinenser müssen mit ständigen Stromausfällen von 12-20 Stunden täglich leben, was das tägliche Leben und die Wirtschaft stark beeinträchtigt. Die Ein- und Ausfuhr von Waren wird von Israel streng kontrolliert, wodurch die lokale Wirtschaft abgewürgt wurde. Das Gesundheitssystem des Gazastreifens liegt am Boden, da es an medizinischem Fachpersonal mangelt, die Behandlungsgeräte unzureichend sind und die Versorgung mit Medikamenten gering ist. Die Palästinenser im Gazastreifen können nur selten außerhalb des Streifens reisen, was eine Verweigerung ihres Grundrechts auf Freizügigkeit darstellt. Darüber hinaus haben sie in den letzten dreizehn Jahren vier höchst asymmetrische Kriege mit Israel erlebt, die enorme zivile Verluste und eine enorme Zerstörung von Eigentum mit sich brachten. Antonio Guterres erkannte das Leid des Gazastreifens im Mai 2021 an, als er sagte: "Wenn es eine Hölle auf Erden gibt, dann ist es das Leben der Kinder in Gaza."

 Gegründet mit der Absicht, die Vorherrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten

Der ehemalige Premierminister Benjamin Netanjahu sagte 2019: "Ein palästinensischer Staat wird unsere Existenz gefährden... Ich werde Jerusalem nicht teilen, ich werde keine Gemeinde [Siedlung] räumen und ich werde sicherstellen, dass wir das Gebiet westlich des Jordans kontrollieren." Bevor er Premierminister wurde, erklärte Naftali Bennett: "Die Welt respektiert keine Nation, die bereit ist, ihr Heimatland aufzugeben. Wir müssen in Judäa und Samaria das israelische Recht anwenden." Verteidigungsminister Benny Gantz erklärte im Jahr 2019: "Wir werden die Siedlungsblöcke und die Golanhöhen stärken, von denen wir uns niemals zurückziehen werden. Das Jordantal wird unsere östliche Sicherheitsgrenze bleiben." Verkehrsminister Merav Michaeli erklärte im Wahlkampf 2019: "Niemand glaubt, dass eine halbe Million Siedler aus Judäa und Samaria evakuiert werden." Und bevor er Außenminister wurde, erklärte Yair Lapid im Jahr 2016, dass: "Mein Prinzip lautet: Maximale Juden auf maximalem Land mit maximaler Sicherheit und mit einem Minimum an Palästinensern."

**Siedlungen**: Mit Ausnahme einiger Wochen unmittelbar nach der Besetzung des Westjordanlands, Ost-Jerusalems und des Gazastreifens im Jahr 1967 hat Israel niemals den Konsens der internationalen Gemeinschaft akzeptiert, dass das palästinensische Gebiet besetzt ist, die Genfer Konventionen gelten und daher die strengen Regeln des humanitären Völkerrechts Anwendung finden. Israels Weigerung, die Vorgaben der internationalen Gemeinschaft zu akzeptieren, ist keine ehrliche Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Völkerrechts, sondern die Verschleierung eines besitzergreifenden Besatzers, der entschlossen ist, die ständige Kontrolle über das Land und seine einheimische Bevölkerung zu behalten. Wenige Monate nach dem Krieg im Juni 1967 debattierte das israelische Kabinett nicht darüber, ob das Gebiet zurückgegeben werden sollte, sondern darüber, ob entweder das gesamte Gebiet behalten oder nur die wichtigsten palästinensischen Städte im Rahmen einer Vereinbarung an Jordanien zurückgegeben werden sollten. Im Sommer 1967 begann Israel mit dem Bau seiner ersten zivilen jüdischen Siedlungen, zunächst im Verborgenen, später dann offen. ... Beim Bau der Siedlungen ging es Israel nie in erster Linie um Sicherheit oder darum, den Anreiz für die arabischen Nachbarstaaten zu erhöhen, über ein endgültiges Friedensabkommen zu verhandeln, sondern darum, so viel Land wie möglich zu behalten. Wie Yigal Allon, der israelische Arbeitsminister und einer der führenden Befürworter der Siedlungen, 1969 erklärte: "Hier schaffen wir aus strategischer Sicht ein Groß-Eretz Israel und errichten aus demographischer Sicht einen jüdischen Staat." Heute leben 10 Prozent der jüdischen Bürger Israels in Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, und die politische Wählerschaft unter den israelischen Juden, die den Siedlungsausbau unterstützt, wird immer größer.

**Nationalstaatsgesetz**: Im Jahr 2018 hat die israelische Knesset das *Grundgesetz* verabschiedet*: Israel, der Nationalstaat des jüdischen Volkes*.Israel hat zwar keine Verfassung, hat aber eine Reihe von Grundgesetzen verabschiedet, die einen verfassungsähnlichen Status erlangt haben. Das Nationalstaatsgesetz verankert verfassungsmäßige Ungleichheit und rassisch-nationale Diskriminierung im israelischen Recht, indem es die Rechte jüdischer Israelis von denen der Palästinenser und anderer nicht-jüdischer Bürger Israels unterscheidet.Der führende amerikanische Außenpolitiker David Rothkopf schrieb in Ha'aretz, dass: "[Das Nationalstaatsgesetz] schafft eine Apartheidgesellschaft, in der die ethnische Identität die grundlegenden Menschenrechte übertrumpft." Das Nationalstaatsgesetz steht im Einklang mit der regelmäßigen Proklamation israelischer Politiker, darunter Benjamin Netanjahu, dass "Israel kein Staat aller seiner Bürger ist, sondern der Nationalstaat des jüdischen Volkes und nur dieses." Die Verfassungsmäßigkeit des Nationalstaatsgesetzes wurde im Juli 2021 vom israelischen Obersten Gerichtshof bestätigt. Für die Zwecke dieses Berichts besagt Artikel 7 Folgendes:

"Der Staat betrachtet die Entwicklung des jüdischen Siedlungswesens als einen nationalen Wert und wird handeln, um seine Errichtung und Stärkung anzuregen und zu fördern."

Unmenschliche Handlungen, die als integraler Bestandteil des Regimes begangen werden

Die israelische Besatzungsverwaltung hat eine Reihe von unmenschlichen Handlungen begangen, die durch das Übereinkommen gegen Apartheid und das Römische Statut verboten sind. Zusammengefasst würden diese Handlungen umfassen:

**Verweigerung des Rechts auf Leben und Freiheit:** Die israelische Herrschaft erfordert immer mehr Gewalt und Einkerkerung, um sich aufrechtzuerhalten: Zwischen Januar 2008 und Februar 2022 wurden 5.988 Palästinenser im Zusammenhang mit der Besatzung und dem Konflikt getötet. (Im gleichen Zeitraum wurden 262 Israelis getötet). 2021 war das tödlichste Jahr für Palästinenser seit 2014. Staatlich sanktionierte außergerichtliche Tötungen durch Israel gehören nach wie vor zu seinem Instrumentarium, einschließlich der Tötung von Zivilisten, die keine unmittelbare Bedrohung für die israelischen Truppen darstellen, und mit wenig oder keiner internen Rechenschaftspflicht. Darüber hinaus werden Tausende von Palästinensern von israelischen Militärgerichten wegen sicherheitsrelevanter Vorwürfe inhaftiert, und zwar in einem Justizsystem, das nur wenige der international üblichen Schutzmaßnahmen in Bezug auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und die Verhinderung willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen bietet. Darüber hinaus befinden sich Hunderte von Palästinensern in unbefristeter Verwaltungshaft. Häufig werden Kollektivstrafen verhängt, sei es durch die Blockade des Gazastreifens, die Zerstörung von Familienhäusern von Terrorverdächtigen oder die Zurückhaltung von Leichen.

**Verweigerung der vollen Teilhabe an allen Bereichen einer Gesellschaft**: Die Palästinenser haben nicht nur keine Stimme, um das Militärregime, das einen großen Teil ihres Lebens bestimmt, zur Rechenschaft zu ziehen, sondern sie werden auch durch israelische Militärbefehle in der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Bewegungsfreiheit innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft stark eingeschränkt. Sie sind durch Hunderte von Kontrollpunkten und getrennten Straßen sowie durch das Genehmigungs- und Ausweissystem in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sie sind in ihren Möglichkeiten, Palästina zu verlassen und dorthin zurückzukehren, eingeschränkt. Ihr Recht auf Arbeit wird durch eine unterdrückte Wirtschaft, Reisebeschränkungen und die Zersplitterung ihres Territoriums behindert. Hunderte von politischen und zivilen Organisationen sind verboten, und führende Menschenrechtsorganisationen wurden als "terroristische" Gruppen eingestuft. Israel hat Mitglieder des (ruhenden) Palästinensischen Legislativrats inhaftiert. Die Zersplitterung spaltet die Palästinenser und gewährleistet eine umfassendere Kontrolle durch Israel.

**Maßnahmen, die die Bevölkerung entlang ethnischer Linien aufteilen**: Israel hat in Ost-Jerusalem und im Westjordanland Hunderte von rein jüdischen Siedlungen errichtet, in denen Juden von den palästinensischen Arabern getrennt leben. Die israelischen Siedler genießen wesentlich mehr Rechte, Vorteile, Privilegien und einen höheren Lebensstandard. Im Jahr 2022 verabschiedete die israelische Knesset das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Möglichkeit für Palästinenser aus Israel einschränkt, Ehepartner aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen zu heiraten; für israelische Juden gilt dies nicht. Das israelische Militär wendet in Ostjerusalem und im Westjordanland Land-, Zoneneinteilungs- und Eigentumsvorschriften an, die in diskriminierender Weise israelisch-jüdische Siedler begünstigen und Palästinenser erheblich benachteiligen. Getrennte Straßen für Siedler und Palästinenser führen durch das gesamte Westjordanland, und jüdische Siedler sind nicht mit den zahllosen Kontrollpunkten und Verkehrsbehinderungen im gesamten Westjordanland konfrontiert. Für israelische Juden und Palästinenser gelten getrennte Rechtssysteme.

**Ausbeutung der Arbeitskraft einer ethnischen Gruppe**: Palästinenser sind zu einer Reserve-Arbeitskraft für Israel und seine Siedlungen geworden. Rund 90.000 Palästinenser im Westjordanland haben eine Genehmigung, in Israel zu arbeiten.Weitere 35.000 Palästinenser arbeiten in den israelischen Siedlungen. Viele weitere arbeiten ohne Genehmigung. Bei diesen Arbeitsplätzen handelt es sich fast ausnahmslos um un- und angelernte Tätigkeiten im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie, die am unteren Ende des israelischen Arbeitsmarktes angesiedelt sind, äußerst prekär sind, keinen gewerkschaftlichen Schutz bieten und täglich lange Fahrten erfordern. Palästinenser, die in Israel arbeiten, werden besser bezahlt als ihre Kollegen in den besetzten Gebieten, aber ihre Arbeitsbedingungen und Löhne sind erheblich schlechter als die von Israelis auf dem israelischen Arbeitsmarkt, und sie sind einem missbräuchlichen System der Vermittlung von Arbeitsgenehmigungen ausgesetzt.

**Andere unmenschliche Handlungen**, die großes Leid verursachen: Obwohl **Folter** nach internationalem Recht streng verboten ist, wird sie von Israel in der Praxis weiterhin gegen inhaftierte Palästinenser eingesetzt. Zu den Foltermethoden gehören Schlafentzug, Schläge und Ohrfeigen, Demütigungen, unhygienische Bedingungen und langes Anketten in verdrehter Haltung. Klagen vor dem Obersten Gerichtshof Israels gegen die Anwendung dieser Methoden waren bisher erfolglos. Es wird regelmäßig berichtet, dass israelische Soldaten Palästinenser bei der Festnahme schlagen, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

IV. Schlussfolgerung

Das humanitäre Völkerrecht lässt eine unterschiedliche Behandlung der einheimischen Bevölkerung während einer Besatzung zu, jedoch nur in begrenztem Umfang. Eine solche Behandlung muss in dem Grundsatz verankert sein, dass jegliche Verletzung der Menschenrechte und der Gleichheit während einer vorübergehenden und kurzfristigen Besetzung so minimal und verhältnismäßig wie möglich sein muss. Dies ist bei Israels 55-jähriger Besatzung nicht der Fall. Eine dauerhafte Fremdherrschaft über ein besetztes Gebiet und seine einheimische Bevölkerung ist das Gegenteil des humanitären Völkerrechts, und in den letzten Jahrzehnten ist die unerbittliche israelische Besatzung ununterscheidbar von einer Annexion geworden.

**Das ist Apartheid?**

**Erstens** wurde ein institutionalisiertes Regime der systematischen Rassenunterdrückung und -diskriminierung geschaffen. Israelische Juden und palästinensische Araber in Ostjerusalem und im Westjordanland leben unter einem einzigen Regime, das die Verteilung von Rechten und Leistungen auf der Grundlage der nationalen und ethnischen Identität vornimmt und die Vormachtstellung der einen Gruppe gegenüber der anderen zum Nachteil der anderen gewährleistet. (Die Palästinensische Autonomiebehörde übt in begrenzten Teilen des Westjordanlandes eine eingeschränkte Rechtsprechung aus und bietet Dienstleistungen an, an denen Israel kein Interesse hat.) Die Unterschiede bei den Lebensbedingungen und den Bürgerrechten und -leistungen sind krass, zutiefst diskriminierend und werden durch systematische und institutionalisierte Unterdrückung aufrechterhalten.

**Zweitens** wurde dieses System der Fremdherrschaft mit der Absicht errichtet, die Vorherrschaft einer rassisch-national-ethnischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten. Die politischen Führer Israels, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart, haben wiederholt erklärt, dass sie beabsichtigen, die Kontrolle über das gesamte besetzte Gebiet zu behalten, um die Landblöcke für gegenwärtige und künftige jüdische Siedlungen zu vergrößern und die Palästinenser auf verbarrikadierte Bevölkerungsenklaven zu beschränken. Dies ist eine zweischneidige Medaille: Israels Pläne für mehr jüdische Siedler und größere jüdische Siedlungen auf größeren Teilen des besetzten Landes können nicht ohne die Enteignung von mehr palästinensischem Eigentum erreicht werden zusammen mit härteren und ausgefeilteren Methoden der Bevölkerungskontrolle erreicht werden, um den unvermeidlichen Widerstand zu bewältigen. In diesem System sind die Freiheiten der einen Gruppe untrennbar mit der Unterwerfung der anderen verbunden.

Und **drittens** wurde dieses System der institutionalisierten Diskriminierung mit dem Ziel einer dauerhaften Vorherrschaft durch die regelmäßige Ausübung unmenschlicher Handlungen geschaffen. Willkürliche und außergerichtliche Tötungen. Folter. Der gewaltsame Tod von Kindern. Die Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte. Ein grundlegend mangelhaftes Militärgerichtssystem und das Fehlen eines ordnungsgemäßen Strafverfahrens. Willkürliche Inhaftierung. Kollektive Bestrafung. Die Wiederholung dieser Handlungen über lange Zeiträume hinweg und ihre Billigung durch die Knesset und das israelische Justizsystem zeigen, dass sie nicht das Ergebnis zufälliger und isolierter Handlungen sind, sondern integraler Bestandteil des israelischen Herrschaftssystems.

Das ist die Apartheid. Sie weist nicht dieselben Merkmale auf wie die im südlichen Afrika praktizierte; insbesondere ist vieles von dem, was als "Petit Apartheid" bezeichnet wurde, nicht vorhanden. Andererseits weist Israels "Apartheid"-Herrschaft in den besetzten palästinensischen Gebieten erbarmungslose Merkmale auf, die im südlichen Afrika nicht praktiziert wurden, wie z. B. getrennte Autobahnen, hohe Mauern und ausgedehnte Kontrollpunkte, eine verbarrikadierte Bevölkerung, Raketeneinschläge und Panzerbeschuss auf die Zivilbevölkerung und die Preisgabe der sozialen Fürsorge der Palästinenser an die internationale Gemeinschaft. Unter den Augen der internationalen Gemeinschaft hat Israel Palästina eine Apartheid-Realität in einer Post-Apartheid-Welt aufgezwungen.

**Vollständiger Bericht auf deutsch:** <https://www.icahd.de/der-un-bericht-des-sonderberichterstatters-ueber-die-lage-der-menschenrechte-in-den-seit-1967-besetzten-palaestinensischen-gebieten/>

**UN-Pressemitteilung**: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/03/special-rapporteur-situation-human-rights-occupied-palestinian-territories>

**weitere Infos der UN zum Bericht**: <https://www.ungeneva.org/en/news-media/meeting-summary/2022/03/conseil-des-droits-de-lhomme-m-michael-lynk-qualifie-dapartheid>

1. Das metrische Dunam entspricht 1.000 Quadratmetern. [↑](#footnote-ref-1)